



Cologne Center for
Comparative Politics



Vorlesung: Vergleichende Politikwissenschaft (POL211)

Prof. Dr. André Kaiser

Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft

Universität zu Köln

Email: andre.kaiser@uni-koeln.de

Sprechstunde TDU: am Donnerstag nach der
Blockveranstaltung

5. Artikulation, Aggregation und Vermittlung gesellschaftlicher Interessen im politischen Prozeß

- 5.1. Politische Kultur und politische Partizipation
- 5.2. Wahlsystem und Wahlverhalten
- 5.3. Parteiensystem und Parteien
- 5.4. Interessengruppen und Interessenvermittlung

5.1. Politische Kultur und politische Partizipation

Politische Kultur:

- Verteilung individueller Orientierungen auf politische Objekte unter den Mitgliedern eines Kollektivs
 - subjektive Dimension des politischen Systems
 - „Legitimationseinverständnis“ (Franz Urban Pappi) des Bürgers mit seinem politischen System

Zentraler Text: Gabriel Almond/Sidney Verba, The Civic Culture, 1963.

Drei Idealtypen der politischen Kultur:

	System	Inputs	Outputs	Ego
Parochiale	0	0	0	0
Untertanen-	1	0	1	0
Teilhabe-	1	1	1	1

Almond/Verba:

- Für die Stabilität in Demokratien günstig → „Civic Culture“ als erfolgreiche Kombination der drei reinen Grundtypen, also von Modernität und Traditionsbewusstsein, von politischem Engagement und politischer Indifferenz

Wertewandelforschung:

Zentrale Studie: Ronald Inglehart, Silent Revolution von 1971

Ausgangsfrage: Wie ist die Zunahme politischer Unzufriedenheit seit den sechziger Jahren zu erklären?

Antwort: Ursachen liegen in fundamentalem Wertewandel in westlichen Industriegesellschaften mit damit einhergehenden gestiegenen Ansprüchen an politische Partizipation

Zwei Annahmen:

- (1) Mangelhypothese: Menschen organisieren ihre Bedürfnisse hierarchisch. Erst fundamentale, materielle, dann postmaterielle Bedürfnisse.
- (2) Sozialisationshypothese: Grundorientierungen von Menschen werden durch die politischen Bedingungen und Erfahrungen der Jugendzeit geprägt und dienen dann später als Maßstab zur Beurteilung politischer Entwicklungen. Wertewandel als das aggregierte Resultat einer Generationenabfolge unter bestimmten sozioökonomischen Bedingungen mit Zeitverzögerung.

Empirie:

- Messung über Repräsentativbefragung auf der Grundlage von verschiedenen Items, die materialistische und postmaterialistische Werte repräsentieren sollen
- Höchster Anteil der Postmaterialisten in den Niederlanden und Deutschland, etwas geringerer Anteil in Großbritannien
- Nirgendwo höherer Anteil als 25%
- Überall mehrheitlich der „Mischtypus“ vertreten

Verbunden mit Wertewandelforschung → verstärkte Beschäftigung mit Formen und Ausmaß politischer Partizipation

Politische Partizipation:

zielgerichtetes Handeln von Bürgern, um politische Sachentscheidungen und die Auswahl von politischen Repräsentanten zu beeinflussen

- Unterscheidung von konventionellen (verfassten, legalen) und unkonventionellen (möglicherweise legalen, aber unverfassten) Partizipationsformen

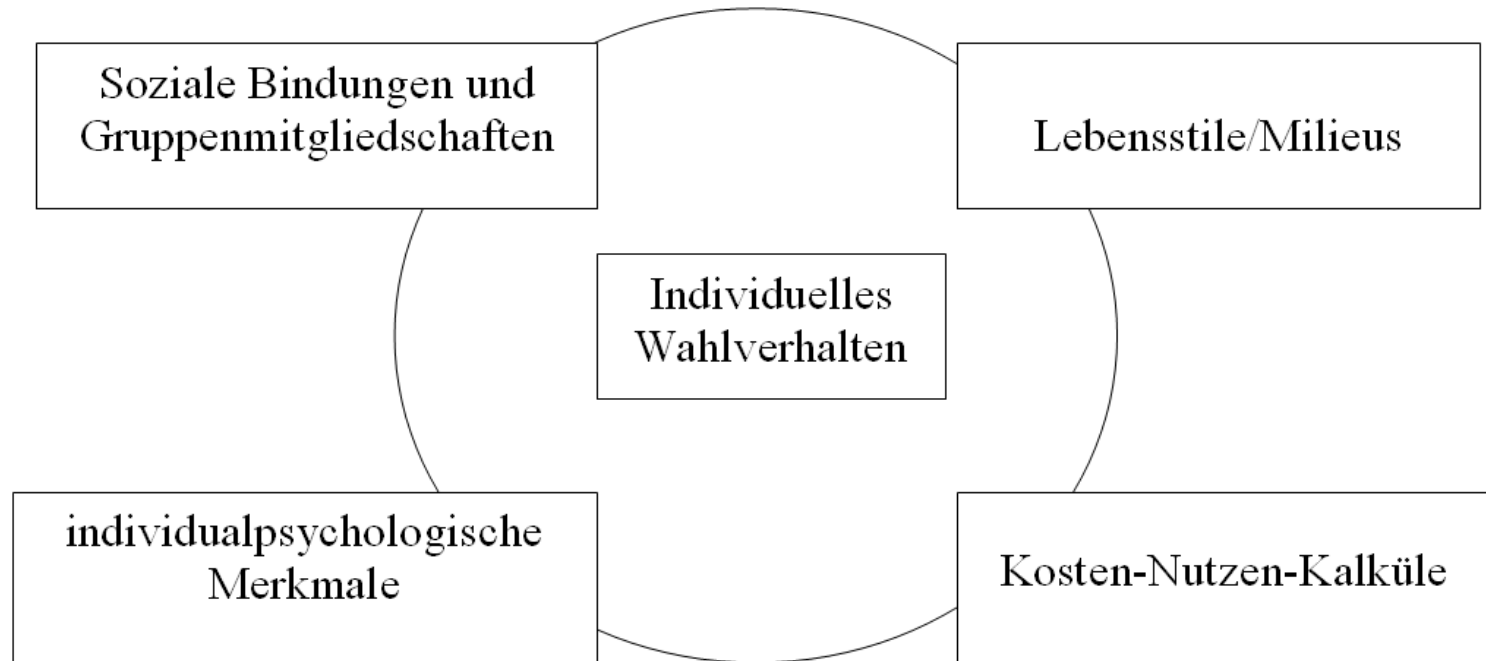
Zentrale empirische Untersuchung: Samuel Barnes, Max Kaase u.a., Political Action, 1979.

Table 2.1: Categorizing Political Behavior

	Conventional	Unconventional
Electoral	Voting behavior - Voter turnout - Vote choice	
Non-electoral	Civic engagement - Voluntary association membership	Political protest - Petitions - Public demonstrations - Boycotts

5.2. Wahlsystem und Wahlverhalten

Vier Modelle des Wahlverhaltens:



(1) Soziologischer Ansatz:

- Wähler durch Umwelteinflüsse geprägt, Prägungen sind tief verankert und damit vergleichsweise konstant
- Wählerverhalten = Gruppenverhalten
- Lazarsfeld und Mitarbeiter (Columbia-Modell)
- Problem: keine Erklärungsmöglichkeit für kurzfristige Veränderungen des Wahlverhaltens und Tendenz zur Erosion der Gruppenbindungen in vielen Demokratien
- Indikatoren für Gruppenbindung: z.B. Beruf, Einkommen, Bildung

(2) Individualpsychologischer Ansatz:

- Wähler handeln vorwiegend nach einem umweltunabhängigen individuellen Entscheidungsmodus; dieser ist emotional tief verankert und damit vergleichsweise konstant
- Campbell und Mitarbeiter (Ann Arbor- oder Michigan-Modell)
- Kern des Konzepts: langfristige emotionale Bindungen des Wählers an eine Partei; Parteiidentifikation wird frühzeitig im Prozess der politischen Sozialisation erworben.
- Zwei weitere kurzfristige Einflussgrößen: Orientierung an Issues und Bewertung der Kandidaten
- Wechselwahl in Modell denkbar
- Problem: Erosion der Parteibindung in vielen Demokratien seit den 60er Jahren zu beobachten

(3) Modell des rationalen Wählers:

- Wähler handeln vorwiegend nach einem individuellen Entscheidungsmodus, der auf einer utilitaristischen Nutzenkalkulation beruht
- Konzept basiert auf der ökonomischen Demokratietheorie von Downs
- Nutzenkalkulation findet über issue voting statt
- Problem: in Logik des Modells nur rational zur Wahl zu gehen, wenn genau meine Stimme den Ausschlag dafür gibt, wer die Wahl gewinnt; keine Erklärung dafür, weshalb Wähler Parteien ohne Chance auf Regierungsbeteiligung unterstützen.

(4) Lebensstilansatz:

- Wähler sind geprägt durch Umwelteinflüsse, diese sind stetigem Wandel unterworfen.
- Ansatz = explizite Reaktion auf Tatsache, daß Gruppenbindungen erodieren
- Anstelle von Gruppenbindungen: persönliche, selbst gewählte Lebensstile
- Zur Kritik: siehe Eith und Mielke
- Mit dem Ansatz können extrem volatile Wählersegmente ausfindig gemacht werden

Wahlsystem:

- Institutionelles Arrangement, das aus einer Reihe von Elementen besteht, die dafür sorgen, daß Wählerpräferenzen in Wählerstimmen und schließlich in Sitze für Repräsentanten transformiert werden.

Wichtigste Elemente:

- Selektionsregel bei der Transformation von Stimmen in Sitze
- Wahlkreiseinteilung
- Stimmgebungsverfahren
- Form der Wahlbewerbung
- Stimmverrechnungsverfahren

Aufgrund der Selektionsregel Einteilung in:

- Mehrheitswahlsysteme
- Verhältniswahlsysteme
- Sonstige

Aber: keine Berücksichtigung der ersten Transformation

Elemente des deutschen Wahlsystems:

- Selektionsregel: in Direktwahlkreisen relative Mehrheitswahl, bei den Listen Verhältniswahl
- Wahlkreiseinteilung: Einerwahlkreise und unterschiedlich große Wahlkreise der Bundesländer
- Stimmgebung: 2-Stimmen-System
- Wahlbewerbung: Kandidaten- und Listenwahl
- Stimmenverrechnung: Höchstzahl- bzw. Divisorverfahren einerseits, Wahlzahlverfahren andererseits. Sainte-Laguë seit 2009
- Besonderheiten: legale Stimmhürde, Grundmandats- und Überhangmandatsregelung

Großbritannien und USA:

- Relative Mehrheitswahl
- In Großbritannien Reformdebatte, daher: bei Wahlen zu Regionalparlamenten und zum Europaparlament nun Varianten der Verhältniswahl

Mehrheitswahl:

- gouvernementale Orientierung
- mehrheitsbildender Effekt
- Einparteienregierung und Zweiparteiensystem
- klare Rollenzuweisung in der parlamentarischen Demokratie von Regierungs- und Oppositionsfunktion, damit klare Verortung von politischer Verantwortlichkeit
- stabile Regierungsbildung einerseits, erhöhte Chance auf Regierungswechsel infolge von Wahlen andererseits

- Benachteiligung kleiner Parteien
- Zuweisung sicherer Wahlkreise mit entsprechender Einschränkung des Wettbewerbscharakters von Wahlen
- strategische Bedeutung der Wahlkreiseinteilung
- Chance (oder Gefahr) auf Policy-Wechsel
- Parteiführungen haben nur eingeschränkte Möglichkeiten, Rekrutierung ihres Führungspersonals abzusichern

Verhältniswahl:

- Repräsentationsorientierung
- gesellschaftsabbildend
- Minderheitenrepräsentation
- machtteilend durch Koalitionsbildung und Verhandlungsdruck sowie Mehrparteiensystem

- Unklare Rollenzuweisung in der parlamentarischen Demokratie mit entsprechenden Einschränkungen der Zuweisung von politischer Verantwortlichkeit
- instabile Regierungsbildung einerseits, geringe Chance auf Regierungswechsel durch Wahlen andererseits
- Chance auf Policy-Kontinuität
- Parteiführungen haben gute Möglichkeiten, Rekrutierung ihres Führungspersonals abzusichern

5.3. Parteiensystem und Parteien

Parteiensystem:

- Konzept, das nach bestimmten Kriterien wichtige von unwichtigen Parteien unterscheidet und die zwischen den wichtigen Parteien vorherrschenden kooperativen und konfliktiven Interaktionsmuster analytisch zu erfassen versucht.

Zwei zentrale Ansätze:

(1) institutionalistischer Ansatz:

geht davon aus, daß Institutionen, v.a. das Wahlsystem, dafür verantwortlich sind, wie viele und welche Parteien wichtig sind und in welcher Weise ihre Interaktionsmuster strukturiert werden.

(2) soziologischer Ansatz:

geht davon aus, daß Parteien als „Aktionsausschüsse“ gesellschaftlicher Gruppen wirken. Parteiensysteme bilden danach die zentralen gesellschaftlichen Konfliktstrukturen ab.

Zentrale Studie: Stein Rokkans Cleavage-Konzept

Typologie von Giovanni Sartori (Parties and Party Systems, 1976):

- Strikte Unterscheidung zwischen kompetitiven und nichtkompetitiven Parteiensystemen
- Für die kompetitiven Parteiensysteme gilt:

(a) Zunächst numerisches Kriterium in klassischer Weise:

- Einparteiensystem
- Zweiparteiensystem
- Mehrparteiensystem

Frage: Wann zählt eine Partei?

Sartoris Zählregeln:

- Partei muß Sitze in der entsprechenden Legislative gewonnen haben und
- Koalitions- bzw. Drohpotential besitzen

(b) zum zweiten ein Fragmentierungskriterium:

- Fragmentierung entweder durch ideologische Polarisierung oder durch soziale, ethnische Segmentierung verursacht.

Ergebnis:

- Prädominantes Parteiensystem
- Zweiparteiensystem
- Begrenzter Pluralismus (≤ 5 Parteien)
- Extremer Pluralismus (> 5 Parteien)

These: 3 bis 5 Parteien führt zu zentripetalem Wettbewerb, 6 und mehr führt zu zentrifugalem Wettbewerb.

Ergebnis von Sartoris Typologie:

- Unterscheidung von bipolaren (stabilen) und multipolaren (instabilen) Parteiensystemen

Nichttypologische, quantitative Bestimmungsversuche von Parteiensystemen:

- Bildung von Fragmentierungsindices
- Gebräuchlichster: Laakso/Taagepera-Index

Laakso/Taagepera-Index für 1945-1996

	Arithmetisches Mittel	Geringster Wert	Höchster Wert
Deutschland	2.93	2.48	4.33
Großbritannien	2.11	1.99	2.27
USA	2.40	2.20	2.44

Quelle: Lijphart, Patterns, 76-77.

5.4. Interessengruppen und Interessenvermittlung

Funktionen von Interessengruppen (ähnlich denen von Parteien):

- Aggregation und Vermittlung gesellschaftlicher Interessen im politischen Entscheidungsprozess
- Informationsvermittlung
- Legitimation politischer Entscheidungen

Unterschiede zu Parteien:

- Bilden kein übergreifendes „System“ mit spezifischen Interaktionsmustern
- Ihre Aufgaben im politischen System sind auch kaum institutionell gefasst
- Erfüllen eine ganze Reihe von Funktionen, die für die vergleichende Politikwissenschaft uninteressant sind.

Zwei Theorien zur Rolle von Interessengruppen im politischen System:

- (1) Pluralismustheorie**
- (2) Korporatismusansätze**

Pluralismustheorie:

- Betrachtet insbesondere die Rolle von Interessengruppen auf der Input-Seite des politischen Systems
- Entweder deskriptiv-empirisches Erkenntnisinteresse → amerikanische Pluralismustheorie (Arthur Bentley, David Truman)
- Oder Interesse für demokratiethoretische Bedeutung von Verbändeeinfluß unter normativem Vorzeichen → frühe englische (Harold Laski, G.D.H. Cole), deutsche Pluralismustheorie (Ernst Fraenkel)

Bentley/Truman: Entwicklung eines konzeptionellen Gerüsts für die empirische Erforschung

- (a) der Beziehungen zwischen Verbänden und Staat
- (b) der Beziehungen zwischen Verbänden untereinander
- (c) der Beziehungen zwischen Verbänden als Organisationen und ihren Mitgliedern

wichtigste Variablen:

- politische Zugangsmöglichkeiten (points of access)
- Druck (pressure)
- Gegenmachttheorem (countervailing power)
- Lösung politischer Probleme durch regelgeleitete Verhandlungen (bargaining, rules of the game)
- Politische Entscheidungen als labile Interessengleichgewichte (balance of interest)
- Konfliktdämpfende Wirkung von Mehrfachmitgliedschaften (overlapping membership)

Kritik an der Pluralismustheorie:

- Siehe Elitentheorie (C. Wright Mills, Theorie der „power elite“)
- Siehe Mancur Olson, „The Logic of Collective Action“, 1965
- E.E. Schattschneider 1960: “The flaw in the pluralist heaven is that the heavenly chorus sings with a strong upper class accent”.

Korporatismustheorie:

- Alternatives analytisches Konzept zur Klärung von Staat-Verbände-Beziehungen, v.a. in der idealtypischen Gegenüberstellung von Philippe Schmitter („Still the Century of Corporatism?“, 1974)

Verbandsmerkmale	Pluralismus	Korporatismus
Anzahl	offen	begrenzt
Interne Struktur	variabel	hierarchisch
Mitgliedschaft	freiwillig	Zwang
Beziehung zu anderen	kompetitiv	nichtkompetitiv
Staatliche Regulierung	keine	Lizensierung, Gründung

Kernargument: Staat und Verbände begründen ein Tauschverhältnis

- Staat erwartet von Verbänden, daß sie notwendige Informationen für politische Steuerung bzw. Problemlösung liefern und bei der Implementation politischer Entscheidungen mitwirken;
- Verbände erwarten vom Staat, daß sie im Austausch dafür privilegierten Einfluss auf politische Entscheidungen haben und Selbstregulierungskompetenzen eingeräumt bekommen.

Inzwischen häufiger: Kombination beider Theorien (z.B. Gerhard Lehmanbruch)

Pluralismusindex mit min = 0.00 (völlig korporatistisch) und max = 4.00 (völlig pluralistisch), arithmetisches Mittel = 2.24:

Land	Wert
Norwegen	0.44
Österreich	0.62
Deutschland	1.38
USA	3.31
Großbritannien	3.38
Kanada	3.56